



# **Niederschrift**

## **Europaausschuss**

19. Wahlperiode - 43. Sitzung

am Mittwoch, dem 10. März 2021, 10:00 Uhr,  
als Videokonferenz

### **Anwesende Abgeordnete**

Wolfgang Baasch (SPD)

Vorsitzender

Hartmut Hamerich (CDU)

Wolf Rüdiger Fehrs (CDU)

Peter Lehnert (CDU)

Tobias von der Heide (CDU)

Bernd Heinemann (SPD)

Regina Poersch (SPD)

Eka von Kalben (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Bernd Voß (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Stephan Holowaty (FDP)

Jette Waldinger-Thiering (SSW)

### **Weitere Abgeordnete**

Birte Pauls (SPD)

Volker Schnurrbusch (Zusammenschluss der AfD)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

<b>Tagesordnung:</b>		<b>Seite</b>
<b>1.</b>	<b>Bericht der Landesregierung über die aktuelle Situation an der deutsch-dänischen Grenze aufgrund der Corona-Pandemielage</b>	<b>5</b>
	Antrag der Abg. Birte Pauls (SPD) Umdruck 19/5448	
<b>2.</b>	<b>Bericht der Landesregierung über den Stand der Umsetzung der EU-Förderung für die neue Förderperiode in Schleswig-Holstein</b>	<b>9</b>
	Antrag der Abg. Regina Poersch (SPD) Umdruck 19/5449	
<b>3.</b>	<b>Bericht der Landesregierung über die Ergebnisse der Evaluation des Hanse Office in Brüssel</b>	<b>11</b>
	Antrag der Abg. Regina Poersch (SPD) Umdruck 19/4965	
<b>4.</b>	<b>Fehmarnbelt Days 2021 am 31. Mai 2021 in Weißenhäuser Strand - aktueller Sachstand</b>	<b>15</b>
	Umdruck 19/5428	
<b>5.</b>	<b>Ökologische und soziale Nachhaltigkeit als Fundament bei der Mittelvergabe aus den EU-Fonds zur Bewältigung der Pandemie- und der Klimakrise</b>	<b>16</b>
	Alternativantrag der Fraktion der SPD Drucksache 19/2627	
	Änderungsantrag der Fraktion der SPD Umdruck 19/5481	
<b>6.</b>	<b>Bericht aus dem Ausschuss der Regionen (AdR)</b>	<b>17</b>
<b>7.</b>	<b>Europäische Gesundheitspolitik stärken - EU-Bürgerinnen und -Bürger besser vor grenzüberschreitenden Gesundheitsgefahren schützen</b>	<b>19</b>
	Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 19/2399	
	Änderungsantrag der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Abgeordneten des SSW Umdruck 19/5498	
<b>8. a)</b>	<b>Jugendpolitik im Rahmen der deutschen EU-Ratspräsidentschaft stärken</b>	<b>20</b>
	Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 19/2456	

<b>b)</b>	<b>In der Krise das soziale Europa stärken</b>	<b>20</b>
	Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 19/2551	
<b>9.</b>	<b>Für eine atomwaffenfreie Welt!</b>	<b>21</b>
	Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 19/2758	
<b>10.</b>	<b>Verschiedenes</b>	<b>22</b>

Der Vorsitzende, Abg. Baasch, eröffnet die als Videokonferenz durchgeführte Sitzung um 10:02 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Ausschussmitglieder kommen nach kurzer Diskussion überein, die Punkte 8 a) und b) auf die Ausschusssitzung im Mai 2021 zu vertagen und Punkt 5 der Tagesordnung in der Sondersitzung am 25. März 2021 zu behandeln.

**1. Bericht der Landesregierung über die aktuelle Situation an der deutsch-dänischen Grenze aufgrund der Corona-Pandemielage**

Antrag der Abg. Birte Pauls (SPD)

[Umdruck 19/5448](#)

Abg. Pauls sagt zur Antragsbegründung, die Situation an der deutsch-dänischen Grenze betreffe die Pendlerinnen und Pendler tagtäglich und sollte damit auch den Ausschuss regelmäßig beschäftigen. Die Frist von 72 Stunden zur Vorlage eines negativen Coronatests stelle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer vor Herausforderungen. So gebe es beispielsweise im Kreis Nordfriesland zurzeit keine gebührenfreien Testzentren. Im Kreis Schleswig-Flensburg und in Flensburg gebe es jeweils vier Testzentren, die auf Eigeninitiativen des Kreises beziehungsweise der Stadt beruhten.

Abg. Pauls nimmt auf eine Presseerklärung des schleswig-holsteinischen Ministerpräsidenten Bezug, der sich Mitte Januar 2021 zur Testpflicht an der Grenze geäußert habe. Der habe sich, sofern es auf dänischer Seite systematisch geprüft werde, dafür ausgesprochen, dies auch auf deutscher Seite zu tun. Abg. Pauls fragt, ob die Bundespolizei Coronatestergebnisse von kontrollierten Personen fordern dürfe und ob die Ankündigung des Ministerpräsidenten noch aktuell sei.

Europaminister Claussen erinnert daran, dass der letzte Bericht zur Situation an der deutsch-dänischen Grenze am 10. Februar 2021 im Ausschuss gegeben worden sei. Zum 20. Februar 2021 habe die dänische Regierung die kleineren Grenzübergänge wieder geschlossen. Die großen Grenzübergänge seien weiterhin geöffnet. Die Einhaltung der Corona-Einreisebestimmungen werde dort gründlich kontrolliert. Als Hintergrund der Maßnahme vermutet der Minister die vormals bestehende Infektionslage in Flensburg mit einer Siebentageinzidenz von knapp 200. Der Anteil der Mutation B.1.1.7 habe bei rund 30 % gelegen. Aktuell liege die Siebentageinzidenz in Flensburg unter 100. Ob seitens Dänemarks Veränderungen im Grenzverkehr geplant seien, sei der Landesregierung derzeit nicht bekannt.

Bisher gebe es anscheinend keine Probleme mit den Testkapazitäten. Dänemark habe seine Testkapazitäten in den vergangenen Wochen aufgestockt. Seit dem 14. Februar 2021 habe das Königreich die Bestimmungen zur Vorlage eines negativen Coronatests verschärft. Dieser dürfe seitdem nicht älter als 72 Stunden sein. Auf schleswig-holsteinischer Seite würden seit dem 22. Februar 2021 nur noch Coronatests als Nachweis akzeptiert, die nicht älter als 72 Stunden seien. Diese Regelung sei bis zum 31. März 2021 befristet.

Die Änderungen hätten bislang zu keinen Staus an der Grenze geführt. Für die Grenzpendler scheine das Einreiseregime erträglich zu sein; konkrete Klagen lägen der Landesregierung nicht vor.

Minister Claussen ergänzt, dass für die Beantwortung der Frage nach den Kontrollen durch die Bundespolizei das Innenministerium zuständig sei. - Herr Seidler, Mitarbeiter im Ministerbüro, berichtet, aus eigener Erfahrung erfolgten die Grenzkontrollen von Dänemark nach Deutschland nur stichprobenartig.

Abg. Waldinger-Thiering führt an, Pendlerinnen und Pendler könnten inzwischen in Dänemark geimpft werden, und fragt, inwiefern durch das Regionkontor oder die Landesregierung darauf aufmerksam gemacht werde. - Minister Claussen antwortet, dass ihm diese Möglichkeit bisher nicht bekannt gewesen sei.

Abg. Waldinger-Thiering fragt weiter, ob es eine Erhebung dazu gebe, mit welchen Mutationen grenzüberschreitend zu rechnen sei. - Der Europaminister wiederholt, dass in Flensburg der Anteil der zuerst in Großbritannien entdeckte Mutation B.1.1.7 bei rund 30 % gelegen habe. Er sei auch in Dänemark sehr hoch gewesen, obwohl im Zuge dessen die Inzidenzen nicht stark angestiegen seien. Die Einhaltung der geltenden Regeln verhindere die Ausbreitung der Mutationen genauso wie die der ursprünglichen Variante des Coronavirus.

Abg. Waldinger-Thiering nimmt auf die einführenden Äußerungen der Abg. Pauls zu Testzentren Bezug und geht darauf ein, auch im Kreis Rendsburg-Eckernförde lebten viele Pendlerinnen und Pendler. Hier bestehe ein gutes Netz zudem barrierefreier und gut zu erreichender Testmöglichkeiten. - Minister Claussen bietet an, nähere Ausführungen zu den Testmöglichkeiten in den Kreisen nachzuliefern (siehe Umdruck 19/5732).

Herr Seidler informiert darüber, dass es mit dem Pendlerbüro eine dauerhafte Absprache gebe, dass sich die Pendlerinnen und Pendler mit das Coronavirus betreffenden Fragen hierhin wenden dürften. Was die Impfmöglichkeiten betreffe, könnten im anderen Land angestellte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wählen, ob sie ein Impfangebot auf deutscher oder auf dänischer Seite wahrnehmen wollten. Bezüglich der Mutationen, die im Grenzverkehr vorherrschten, verfüge das Ministerium nicht über eigene Zahlen, sondern müsse sich auf die Zahlen aus Dänemark verlassen. Herr Seidler gibt Beispiele dafür, wie schnell sich die Zahl aktuell verändere. Trotz teils hoher Inzidenzwerte ergreife Dänemark seit dem 1. März 2021 weitreichende Maßnahmen zur Öffnung. Dort würden nun in erster Linie die Krankenhauskapazitäten in Relation zu den Imp fzahlen berechnet. Die Bevölkerung im Alter über 80 Jahren und weitere ältere Personen seien dort inzwischen überwiegend geimpft. Dies spiegele sich im Bereich der Krankenhäuser und Intensivstationen wider.

Abg. Pauls kommt auf die Ankündigung zurück, die der Ministerpräsident gemacht habe, dass es für Einreisende aus Skandinavien auf deutscher Seite Testkontrollen geben solle, die indes nicht umgesetzt werde. Vielen hätten Angst, Virusmutationen aus Dänemark könnten nach Schleswig-Holstein gelangen. Sie selbst fordere keine zusätzlichen Grenzkontrollen, wolle aber darauf hinweisen, dass die Ankündigung des Ministerpräsidenten nicht umgesetzt worden sei, und die Gründe der Landesregierung dafür erfahren.

Minister Claussen erwidert, es handele sich um eine Unterstellung. Er habe die Äußerungen des Ministerpräsidenten so verstanden, dass auf beiden Seiten der Grenze ein ähnliches Testregime aufgebaut werden sollte. Daran sei allerdings der Bund beteiligt, indem seine Verordnung greife. Er gehe davon aus, dass die Bundespolizei bei den Kontrollen an der Grenze ihre Maßnahmen verschärft habe, und wolle dies bei der Bundespolizei gern abfragen. Es sei richtig, dass zwischen der deutschen und der dänischen Seite nachbarschaftliche Absprachen zur Angleichung der Maßnahmen an der Grenze stattfänden.

Der Vorsitzende bittet darum, dass die Antwort zu den Maßnahmen der Bundespolizei an der deutschen Grenze zu Dänemark in der Sitzung am 25. März 2021 gegeben werden möge. - Der Europaminister stimmt dem zu (siehe Umdruck 19/5732).

Abg. Pauls stellt klar, dass sie das Wort „Unterstellung“ so nicht stehen lassen könne. Sie habe aus einer Presseäußerung des Ministerpräsidenten zitiert: Danach habe Daniel Günther gesagt, dies müsse auch für dänische Grenzpendler gelten, und Details einer entsprechenden Regelung sollten zeitnah umgesetzt werden; Grundlage seien die Einreisebestimmungen.

Der Europaminister fügt an, dass dort, wo Abg. Pauls das Zitat abgebrochen habe, der Ministerpräsident sich auf die Einreiseverordnung des Bundes bezogen habe. Er wolle sich nicht über das Wort „Unterstellung“ streiten. Seine Interpretation sei, dass die Einreiseverordnung geändert worden sei und die Bundespolizei dies kontrolliere. Damit habe die Umsetzung stattgefunden. Er könne nicht erkennen, dass Ministerpräsident Günther in irgendeiner Art und Weise wortbrüchig geworden sei.

Abg. Holowaty wirft ein, es stehe der Abg. Pauls zwar zu, den Ministerpräsidenten zu kritisieren, doch solle sie dabei möglichst vollständig zitieren. Der Ministerpräsident habe sich nach seinem Verständnis, so Abg. Holowaty, zur Testpflicht geäußert und nicht dahin gehend, dass Schleswig-Holstein sich zu einer Kette von Kontrollposten verpflichte. Eine Testpflicht für Grenzpendler einzuführen, sei etwas anderes, als die Menschen mittels durchgängiger Grenzkontrollen nach den Testbescheinigungen zu fragen. Wünschenswert sei dagegen ein abgestimmtes Vorgehen auf beiden Seiten der Grenze. Die Grenzregion müsse auf deutscher und dänischer Seite gemeinsam dafür sorgen, dass sich das Coronavirus nicht weiter ausbreite.

Abg. Waldinger-Thiering betont, dass, wenn es Unstimmigkeiten zwischen Deutschland und Dänemark gebe, dies nicht dazu führen dürfe, sie auf dem Rücken der Grenzpendlerinnen und -pendler auszutragen. Ihres Wissens sei die Einreiseverordnung einmal nachgebessert worden. Sie gehe davon aus, dass die Landesregierung weiterhin darum bemüht sei, zusammen mit Kopenhagen gute Lösungen zu finden.

Der Vorsitzende fasst zusammen, dass die Landesregierung die noch offenen Fragen, wie auf deutscher Seite reagiert worden sei und mit welchen Mechanismen Parität hergestellt werden solle, in der nächsten Sitzung nach Klärung mit den zuständigen Behörden beantworten solle.

## 2. **Bericht der Landesregierung über den Stand der Umsetzung der EU-Förderung für die neue Förderperiode in Schleswig-Holstein**

Antrag der Abg. Regina Poersch (SPD)

[Umdruck 19/5449](#)

Abg. Poersch bittet als Antragstellerin um einen aktuellen Sachstand und Zeitplan der Landesregierung bezüglich der EU-Fördermittel für Schleswig-Holstein.

Der Ausschuss nimmt einen Bericht von Europaminister Claussen über die Umsetzung der EU-Förderung in die Programme des Landes entgegen, den das Ministerium im Nachgang der Sitzung als ausführlichen Vermerk zu Protokoll gibt (siehe Anlage 1).

Abg. Voß zeigt sich erfreut darüber, dass die EU die grenzüberschreitenden Programme gestärkt habe. Er weist auf die hohe Bedeutung hin, die die sogenannten People-to-People-Programme im Zusammenhang mit INTERREG hätten, und fragt, ob künftig Fördermittel in gleichbleibender Höhe zur Verfügung stünden. - Minister Claussen bestätigt dies für INTERREG im Allgemeinen und geht davon aus, dass die damit im Zusammenhang laufenden Projekte weiterhin finanzierbar seien. Dies gelte unter vor dem Vorbehalt, dass die Programmierungsarbeiten noch nicht abgeschlossen seien. Die Europäische Kommission habe „People-to-People“ eigentlich abschaffen wollen, doch sei es bei INTERREG A Deutschland-Dänemark gesichert.

Abg. Voß geht darauf ein, dass er stets auf die Wichtigkeit der Nordseeprogramme hingewiesen habe. Es sei problematisch, wenn Großbritannien sich nicht mehr beteilige. Er wirft die Frage auf, ob durch die leichte Aufstockung des Nordseeprogramms eine engere Zusammenarbeit der Ärmelkanal- und Nordseeanrainerländer stattfinden werde.

Abg. Poersch betont, dass es eine gute Nachricht sei, dass sich am geografischen Zuschnitt bei den INTERREG-Programmen nichts verändere. Sie regt an, die Kommunikationsprogramme, die es vorläufig für die einzelnen Programme geben solle, im Europaausschuss im Einzelnen vorzustellen. - Minister Claussen stimmt dem zu.

Abg. Poersch stellt fest, dass das Thema Gendermainstreaming übergreifend in den Programmen Widerhall finden sollte. - Minister Claussen schätzt es so ein, dass das Thema auf Ebene der EU-Kommission hinreichend verankert sei.

Auf eine Frage von Abg. Waldinger-Thiering antwortet der Europaminister, dass es allgemein erfreulich sei, dass mehr Mittel bei Erasmus+ zur Verfügung stünden. Er bedauere das Ausscheiden des Vereinigten Königreichs aus dem Programm, für das es keinen Ersatz gebe.

In Bezug auf „People-to-People“ möchte Abg. Waldinger-Thiering wissen, welche Anforderungen sich daraus zum Beispiel für die Europaschulen ergäben.

Herr Seidler, Mitarbeiter im Ministerbüro, teilt zum deutsch-dänischen INTERREG-Programm mit, man Sorge im Rahmen der Programmierungsarbeiten dafür, dass die People-to-People-Projekte weiter verankert würden. Derzeit werde die Idee erarbeitet, dass sie einen selbstständigen Pool für die gesamte Programmlaufzeit bekommen sollten, sodass nicht für jedes kleine Projekt dauernd erneut angefragt werden müsste.

Abg. Waldinger-Thiering fragt nach der Höhe und Änderungen in Bezug auf ESF-Mittel zur Förderung besserer Arbeitsmöglichkeiten und Bildungschancen für Jugendliche.

Herr Augustin, Leiter der Abteilung „Europa-, Ostsee- und Nordseeangelegenheiten“ im Europaministerium sowie des Hanse-Office, weist darauf hin, dass die Zuständigkeit hier beim Wirtschaftsministerium liege, er sich allerdings gern nach der Antwort erkundigen wolle.

Der Ausschuss nimmt den Bericht der Landesregierung zur Kenntnis.

### 3. Bericht der Landesregierung über die Ergebnisse der Evaluation des Hanse Office in Brüssel

Antrag der Abg. Regina Poersch (SPD)

[Umdruck 19/4965](#)

hierzu: [Umdruck 19/5186](#) - Bericht des Projektes zur Evaluierung des Hanse-Office in Brüssel

Abg. Poersch bittet die Landesregierung um einen Bericht zu ihrer Einschätzung des Ergebnisses der Evaluation, die mit dem [Umdruck 19/5186](#) vorliege.

Staatssekretär Hoops fasst einleitend zusammen, dass sich die Landesregierung zum Ziel gesetzt habe, das Hanse-Office und die Voraussetzungen, unter denen es die Interessenvertretung des Landes in Brüssel verstärken könne, speziell in den Blick zu nehmen. Er selbst sei Vorsitzender des Lenkungsausschusses im Zusammenhang mit der Erstellung des Gutachtens von PwC gewesen. Das Gutachten und die Methodik von PwC seien durch die Landesregierung kritisch bewertet worden. Daneben gebe es klare Ergebnisse des Gutachtens.

Das Gutachten habe zum einen ergeben, dass eine Interessenvertretung für die Landesregierung in Brüssel unverzichtbar sei. Auch die Personalunion - Leitung der Europaabteilung im Europaministerium und Leitung des Hanse-Offices für Schleswig-Holstein - sei sinnvoll. Unter den gegenwärtigen Rahmenbedingungen gelte dies auch für die Gesamtkonstruktion des Hanse-Offices für Schleswig-Holstein und Hamburg. Das Büro gemeinsam mit Hamburg zu unterhalten, sei gegenwärtig alternativlos.

Im Gutachten komme nicht durchgehend klar zum Ausdruck, dass die Zusammenarbeit mit Hamburg gelegentlich Herausforderungen mit sich bringe. Das Hanse-Office werde mit einem hamburgischen und einem schleswig-holsteinischen Leiter betrieben. Hinzu kämen sieben Referenten, davon vier aus Hamburg und drei aus Schleswig-Holstein. Diese arbeiteten nicht nur für ihre Länder, sondern hätten eine aufgabenbezogene Verteilung. Diese Struktur erzeuge einen ständigen hohen Abstimmungsbedarf.

Dass weder Schleswig-Holstein noch Hamburg allein freie Hand hätten, sei etwa bei dem Thema des Verhältnisses zwischen dem Hanse-Office und dem Landtagsreferenten in Brüssel erkennbar. Einer Verbindung an dieser Stelle, wie sie in anderen Bundesländern üblich sei,

stehe weiterer Kommunikationsbedarf mit Hamburg im Weg. Es seien Gespräche dahin gehend nötig, wie sich aus den bestehenden Strukturen heraus eine bessere Schlagkraft entwickeln lasse. Dazu gehöre der Personaleinsatz. Es sei hierzu eine Kabinettsvorlage für das zweite Quartal 2021 in Arbeit.

Staatssekretär Hoops hebt hervor, dass andere Bundesländer im Vergleich zu Schleswig-Holstein und Hamburg zusammen jeweils mehr Referenten in Brüssel beschäftigten. Die Möglichkeiten des Hanse-Offices seien in dieser Hinsicht eingengt, die Personalgewinnung ein zentraler Punkt beim Thema Hanse-Office. Gelegentlich gebe es Schwierigkeiten die drei schleswig-holsteinischen Referentenstellen zu besetzen. So sei in dieser Legislaturperiode zeitweise sogar keine der drei Stellen besetzt gewesen.

Idealerweise sollten die Stellen von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aus den Ressorts der Landesregierung besetzt werden, doch funktioniere dies nicht immer entsprechend. Es bedürfe eines Personalentwicklungskonzepts, das den befristeten Einsatz in Brüssel für geeignete Kandidaten attraktiv mache. Die befristete Besetzung der Stellung für zwei oder drei Jahre beziehungsweise der häufige Personalwechsel sei der Schlagkraft des Hanse-Offices nicht immer zuträglich. An diesem Punkt wolle man arbeiten. Die Alternative wäre die Schaffung unbefristeter Stellen, so Staatssekretär Hoops, die nicht nur für Menschen aus Schleswig-Holstein interessant wären.

Abg. Poersch bedankt sich für die Einschätzung des Staatssekretärs und stellt fest, dass sie einen Teil des Gutachtens bezüglich der Mitarbeiterrekrutierung für das Hanse-Office anders gelesen habe. Die Frage, ob es sich für Landesbedienstete lohne, für zwei oder drei Jahre nach Brüssel zu gehen, beschäftige den Europausschuss schon lange. Offenbar gelte es nicht als attraktiv, nach der Zeit in Brüssel nach Schleswig-Holstein zurückzukommen und sich „hinten anzustellen“, wenn es um Beförderungen gehe. Eine unbefristete Beschäftigung, so Abg. Poersch, könne die Attraktivität teilweise erhöhen. Das Gutachten besage hingegen, dass die Befristung sinnvoll sei, wenn die Rahmenbedingungen stimmten.

Abg. Poersch fügt hinzu, dass es ihr neu sei, dass die Unterbringung des Landtagsreferenten in Brüssel bisher an der Abstimmung mit Hamburg scheitere. Sei dies der Fall, könne eine gemeinsame Sitzung mit Hamburg eventuell zur Klärung beitragen. Es bestehe ein großes Interesse daran, dass die Vertretung des Landtags eng mit jener der Landesregierung zusammenarbeite und gemeinsam in einem Gebäude untergebracht sei. Im Sinne der Interessen

des Landes Schleswig-Holsteins dürfe es an dieser Stelle möglichst wenig Reibungsverluste geben.

Abg. Waldinger-Thiering unterstützt den Vorschlag der Abg. Poersch und unterstreicht ebenfalls, dass das Thema der Befristung den Ausschuss schon lange umtreibe. Es sei etwas daran zu setzen, die Bedingungen so zu verbessern, dass sich die befristeten Stellen in Brüssel besser besetzen ließen. Eine Aufstiegsmöglichkeit in Schleswig-Holstein trotz befristeter Beschäftigung in Brüssel zu gewährleisten, halte sie für die bessere Alternative. Durch die Fluktuation in Brüssel würden die Erfahrungen von dort in die Ministerien getragen. Sie halte es ebenfalls für schwierig, dass der Landtagsreferent nicht im Hanse-Office untergebracht werden könne. Er arbeite für das Parlament, und für eine erfolgreiche Vertretung in Brüssel sei die Zusammenarbeit mit der Landesregierung wesentlich.

Staatssekretär Hoops stimmt den Abg. Poersch und Abg. Waldinger-Thiering zu. Wie er angedeutet habe, sei das Gutachten nicht das Maß aller Dinge. Die Landesregierung sei demgegenüber zu einer differenzierenden Betrachtungsweise gekommen, was die Struktur des Hanse-Office im Verhältnis zu Hamburg und die sich daraus ergebenden Herausforderungen betreffe.

Der Staatssekretär bittet den Ausschuss, der Landesregierung noch Zeit zu geben, um die Frage der Unterbringung des Landtagsreferenten im Hanse-Office in Brüssel mit Hamburg weiter zu klären. Er führe dazu derzeit Gespräche, und es werde sich eine Lösung finden.

Wie beide Fragestellerinnen hervorgehoben hätten, sei das Thema der Personalentwicklung zentral. Es gelte, die Arbeit in Brüssel so attraktiv zu gestalten, dass die Menschen dort für längere Zeit gern und gut arbeiteten, sowie dies nach der Rückkehr auch nach Schleswig-Holstein zu würdigen und sie gut einzugliedern. Damit, wie dies umzusetzen sei, werde sich die erwähnte Kabinettsvorlage beschäftigen.

Europaminister Claussen fügt hinzu, dass es wünschenswert sei, mit Hamburg zusammenzuarbeiten, den Zusammenschluss zu pflegen und auszubauen, auch wenn es im Detail einmal Abstimmungsbedarf gebe. Es wäre, so der Minister, ein erheblich höherer Aufwand, wollte Schleswig-Holstein die Vertretung in Brüssel allein organisieren.

Der Vorsitzende stimmt zu, dass die Zusammenarbeit mit Hamburg immer wichtig sei, und erinnert an das Bestehen des Ausschusses für die Zusammenarbeit der Länder Hamburg und Schleswig-Holstein. Auch dieser könne sich einmal mit der Frage gemeinsamer Präsenz Hamburgs und Schleswig-Holsteins in Europa und gemeinsamer europäischer Initiativen beschäftigen, was die bessere gemeinsame Schlagkraft anbelange. Der Europaausschuss seinerseits behandle aus dem Zusammenarbeitsausschuss etwa die Frage der Metropolregionen.

Abg. Poersch merkt an, sie habe den Vorsitzenden des Zusammenarbeitsausschusses, Abg. Vogel, bereits darum gebeten, diesen Punkt auf die Tagesordnung zu nehmen. Sie regt an, das Thema erneut im Europaausschuss zu diskutieren, sobald sie das Kabinett mit der Vorlage befasst haben werde.

Der Vorsitzende stellt fest, die Landesregierung sei einverstanden, zu gegebener Zeit wieder über das Thema zu berichten. Er schließt den Tagesordnungspunkt mit einem Dank an das Hanse-Office für die in Brüssel geleistete Arbeit.

#### **4. Fehmarnbelt Days 2021 am 31. Mai 2021 in Weißenhäuser Strand - aktueller Sachstand**

[Umdruck 19/5428](#)

Minister Claussen informiert den Ausschuss darüber, dass die Fehmarnbelt Days 2021 für den 31. Mai 2021 - wegen der Coronapandemie ohne das geplante Bürgerfestival - als eintägige, hybride Fachkonferenz geplant seien. Soweit möglich, werde der Präsenzteil der Veranstaltung in Weißenhäuser Strand stattfinden. Die Firma „SG Medientechnik“ aus Lübeck werde ein passendes interaktives Veranstaltungsformat zur Verfügung stellen. Es seien mehrere Parallelsessions geplant, die auch für die Mitglieder des Europaausschusses von Interesse seien. Er lade alle herzlich zur Teilnahme an den Fehmarnbelt Days 2021 ein.

Herr Musiolik, stellvertretender Leiter der Abteilung „Europa-, Ostsee- und Nordseeangelegenheiten“ im Europaministerium, trägt konkrete Hinweise bei, an welchen Stellen die Abgeordneten sich beteiligen könnten. Anhand zweier Beispiele erläutert er, dass er diese Möglichkeit besonders bei den Parallelsessions gegeben sehe. Ziel sei es, sich thematisch breit aufzustellen und möglichst viele Akteure zu beteiligen. Er streicht heraus, dass die Teilnahme hochsteher politischer Persönlichkeiten zu erwarten sei.

Der Vorsitzende unterstreicht, dass der Termin wichtig und die Teilnahme der Ausschussmitglieder wünschenswert sei.

**5. Ökologische und soziale Nachhaltigkeit als Fundament bei der Mittelvergabe aus den EU-Fonds zur Bewältigung der Pandemie- und der Klimakrise**

Alternativantrag der Fraktion der SPD

[Drucksache 19/2627](#)

(überwiesen am 27. Januar 2021)

Änderungsantrag der Fraktion der SPD

[Umdruck 19/5481](#)

Der Tagesordnungspunkt wurde zu Beginn der Sitzung abgesetzt und seine Behandlung auf die Sondersitzung am 25. März 2021 verschoben.

## 6. Bericht aus dem Ausschuss der Regionen (AdR)

Abg. Voß berichtet zum Thema Subsidiarität, dass es zuletzt zu den Schwerpunkten, die der AdR sich zu diesem Thema gegeben habe - digitale Dienste, Europäischer Green Deal, Soziales Europa, Pakt für Migration und Asyl -, keine entscheidenden Fragen mehr gegeben habe. Hingegen sei der Schwerpunkt für das laufende Jahr festgelegt worden. Es handele sich um fünf Prioritäten im Zusammenhang mit dem Green Deal und der dazugehörigen legislativen Verordnung:

1. Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden,
2. Erneuerbare-Energien-Richtlinie mit dem Ziel von mindestens 32 % für den Anteil erneuerbarer Energien bis 2030,
3. Energieeffizienzrichtlinie für den gesamten Bereich bis hin zu Haushaltsgeräten,
4. Entwaldungsfreie Lieferketten,
5. Gestaltung nachhaltiger, intelligenter Mobilität.

Ferner seien unter dem Gesichtspunkt von Subsidiarität die Schwerpunkte Transparenz- und Demokratiepaket sowie die europäische „Kindergarantie“ festgelegt worden.

Eine große Bedeutung für die Subsidiaritätsarbeit des Ausschusses der Regionen habe die Fit-for-Future-Plattform der Europäischen Kommission. Hier bringe sich der AdR besonders ein. Die Plattform zeichne sich dadurch aus, dass neben einer Gruppe nationaler Vertreter eine Gruppe ausgewählter Interessensvertreter und damit auch regionale und kommunale Verbände dazugehörten. Die Fragen nach der Umsetzbarkeit in den Ländern und Kommunen und Möglichkeiten, hier an finanzielle Mittel zu kommen, stünden jeweils im Vordergrund.

Bezüglich des Projekts regionaler Hubs, das seit 2018 beim AdR bestehe, weist Abg. Voß darauf hin, dass hier inzwischen auch der Kreis Pinneberg vertreten sei. Es würden die Erfahrungen mit EU-Rechtsetzung und -Finanzströmen zusammengetragen. Das Netzwerk regionaler Hubs gehe auch stark in die Fit-for-Future-Plattform ein.

Abg. Voß berichtet außerdem, dass es im Herbst 2021 wieder ein EU-Jahresbarometer zur Lage der Gemeinden und Regionen geben werde. Darin werde kleinteilig die Auswirkung aktueller Ereignisse wie der Coronakrise auf die Regionen untersucht oder auch der Entwicklungsstand bei der Erreichung der Klimaziele dargelegt werden.

Ein großes Thema bilde ebenso die Konferenz zur Zukunft Europas, über die seit 2019 diskutiert werde. Die Konferenz zur Zukunft Europas werde in dezentraler Form in den verschiedenen Regionen in einem Zeitraum über zwei Jahre stattfinden. Die portugiesische Ratspräsidentschaft unterstütze das Projekt. Es werde eine High-Level-Group unter Vorsitz des EU-Ratspräsidenten Herman Van Rompuy geben.

**7. Europäische Gesundheitspolitik stärken - EU-Bürgerinnen und -Bürger besser vor grenzüberschreitenden Gesundheitsgefahren schützen**

Antrag der Fraktion der SPD

[Drucksache 19/2399](#)

(überwiesen am 28. Oktober 2020 an den **Europaausschuss** und den Sozialausschuss)

Änderungsantrag der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Abgeordneten des SSW

[Umdruck 19/5498](#)

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass zu dem Tagesordnungspunkt eine interfraktionelle Übereinkunft in Form des Änderungsantrags [Umdruck 19/5498](#) vorliege.

Abg. Heinemann bedankt sich für das Engagement aller Beteiligten, die an dem gemeinsamen Papier mitgewirkt hätten. Es seien mit dem Ende der EU-Ratspräsidentschaft Deutschlands einige Änderungen notwendig geworden. Eine Politik in Richtung einer Gesundheitsunion sei nach wie vor wichtig, wie die derzeitige Krise im Gesundheitswesen offenlege. Er schlägt vor, in der Sondersitzung am 25. März 2021 zu einer Beschlussfassung zu kommen.

Abg. Voß schließt sich dem an. Er ergänzt, man gehe indes nicht davon aus, dass es in der Frage kurzfristig eine Veränderung der EU-Verträge geben werde; so sei der interfraktionelle Antrag nicht zu verstehen. Das Thema werde weiterhin als nationale Aufgabe gesehen. Allein sei im vergangenen Jahr deutlich geworden, dass gerade auch in Krisensituationen erheblich mehr grenzüberschreitende Zusammenarbeit und stärkere Vorgaben wünschenswert seien. Funktionierende Lieferketten und die Produktion vor Ort in Europa seien in diesem Bereich im wahrsten Sinne des Wortes lebenswichtig.

Der Vorsitzende stellt fest, dass die Beschlussfassung zu [Drucksache 19/2399](#) und dem interfraktionellen Änderungsantrag [Umdruck 19/5498](#) am Rande der März-Tagung des Landtags stattfinden solle.

**8. a) Jugendpolitik im Rahmen der deutschen EU-Ratspräsidentschaft stärken**

Antrag der Fraktion der SPD

[Drucksache 19/2456](#)

**b) In der Krise das soziale Europa stärken**

Antrag der Fraktion der SPD

[Drucksache 19/2551](#)

(überwiesen am 11. Dezember 2020)

Der Tagesordnungspunkt wurde zu Sitzungsbeginn auf die reguläre Sitzung des Europaausschusses am 5. Mai 2021 vertagt.

## **9. Für eine atomwaffenfreie Welt!**

Antrag der Fraktion der SPD

[Drucksache 19/2758](#)

(überwiesen am 25. Februar 2021)

Nach kurzer Diskussion einigt sich der Ausschuss darauf, in seiner nächsten regulären Sitzung, am 5. Mai 2021, über das weitere Verfahren zu beraten. Abg. Baasch kündigt an, dass die SPD-Fraktion sich zu dem Thema die Durchführung einer Anhörung wünsche.

## 10. Verschiedenes

Die Ausschussmitglieder nehmen in Aussicht, sich zeitnah auf einen Umgang mit dem Thema CALRE/AdR-Pilotprojekt, eine mögliche Beteiligung seitens Schleswig-Holsteins und einen geeigneten Zeitplan zu einigen.

Der Vorsitzende teilt mit, dass der Landtagspräsident die Realisierung einer für Januar 2022 angedachten Informationsreise des Europausschusses nach Straßburg in einem ersten kurzen Gespräch darüber für möglich erachtet habe.

Weiter informiert der Vorsitzende darüber, dass die Ausschusssitzung am 5. Mai 2021 im Landeshaus bereits um 9 Uhr mit einem Gespräch mit Mitgliedern des Europäischen Parlaments aus Schleswig-Holstein und Hamburg beginnen solle.

Ebenfalls für die Sitzung am 5. Mai 2021 bittet Abg. Poersch, die vom Europaministerium mit [Umdruck 19/4972](#) angebotene Vorstellung des Projekts „Baltic Sea Youth Platform“ auf die Tagesordnung zu nehmen.

Der Vorsitzende, Abg. Baasch, schließt die Sitzung um 11:55 Uhr.

gez. Wolfgang Baasch  
Vorsitzender

gez. Thomas Wagner  
Geschäfts- und Protokollführer